Stadt Hilden

N i e d e r s c h r i f t

über die 7. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am Mittwoch, 27.10.2021 um 17:00 Uhr, im Bürgertreff (Lortzingstraße 1 in 40724 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz		
Frau Anabela Barata	SPD	
stell. Vorsitz		
Herr Rudolf Joseph	FDP	
Ratsmitglieder		
Herr Peter Groß	CDU	
Herr Thomas Grünendahl	CDU	
Herr Ramon Ludwig Kimmel	CDU	
Herr Rainer Schlottmann	CDU	für Claudia Schlottmann
Herr Kevin Peter Schneider	CDU	
Herr Norbert Schreier	CDU	
Frau Sandra Kathrin Wiemers	CDU	für Christian Gartmann
Herr Kevin Buchner	SPD	
Frau Dagmar Hebestreit	SPD	
Herr Hans-Jürgen Weber	SPD	
Herr Heinz Albers	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Norbert Lang	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Susanne Vogel	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Ludger Reffgen	BÜRGERAKTION	
Herr Werner Erbe	parteilos	
Sachkundige Bürger/innen		
Herr Ben Juan Eisenblätter	SPD	bis TOP 10
Herr Yorck-Peter Wolf	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Bastian Mey	AfD	
Frau Birgit Behner	Allianz für Hilden	für Darius Behner
Beiräte		
Herr Dieter Englich	Behindertenbeirat	nur öffentl. Teil
Frau Doris Sieberg	Seniorenbeirat	nur öffentl. Teil
Von der Verwaltung		
Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger	Stadt Hilden	
Frau Birgit Kamer	Stadt Hilden	
Frau Sabine Waiss		
Herr Dieter Drieschner	Stadt Hilden	
Herr Lutz Groll	Stadt Hilden	
Herr Ulrich Hanke	Stadt Hilden	nur öffentl. Teil
Frau Karin Herzfeld	Stadt Hilden	

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

1	Befangenheitserklärungen	
2	Vorstellung des Handlungskonzeptes zum Starkregenrisikomanagement mit Starkregengefahrenkarten für die Stadt Hilden	WP 20-25 SV 66/026
3	Mobilitätskonzept für Hilden; Sachstandsbericht zur 1. Arbeitsphase "Aufbereitung der Bestandssituation"	WP 20-25 SV 61/051
4	Anträge	
4.1	Antrag der CDU vom 01.09.2021 und der FDP vom 02.09.2021: Alternative zum Entfall der 7 Parkplätze auf der Hagdornstraße (bedingt durch die Errichtung einer Fahrradstraße)	WP 20-25 SV 66/024
4.2	Antrag der FDP vom 22.09.2021: Entsiegelung und Begrünung von Verkehrsinseln	WP 20-25 SV 66/025
5	Angelegenheiten des Planungs- und Vermessungsamtes	
5.1	Bebauungsplan Nr. 264 für den Bereich Gerhart-Hauptmann-Hof: Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 53	WP 20-25 SV 61/049
5.2	Bebauungsplan Nr. 64 B für den Bereich der Grundstücke Schalbruch 32-36 nördlich der Straße Schalbruch; Entscheidung über den städtebaulichen Entwurf	WP 20-25 SV 61/052
6	Angelegenheiten des zentralen Bauhofes	
6.1	Auflistung aller nach heutiger Planung zur (Ersatz-) Beschaffung anstehenden Fahrzeuge, selbstfahrenden Arbeitsmaschinen und Großgeräte für die Haushalte 2022 ff.	WP 20-25 SV 68/008
7	Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen	
8	Entgegennahme von Anfragen und Anträgen	
8.1	Antrag der Fraktion CDU - Änderung der Öffnungszeiten des Zentralen Bauhofes für die Wertstoffannahme	
8.2	Antrag der Fraktion CDU - Barrierefreier Übergang am Alten Markt	
8.3	Anfrage Fraktion Bürgeraktion zur Innenstadt im Bereich der Heiligenstraße / Am Kronengarten	
8.4	Anfrage FDP-Fraktion - Erneuerung der Fahrbahndecke der Richrather Straße	

8.5 Anfrage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Ampelanlage S-Bahnhof Richrather Straße

Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende, Rm Barata/SPD eröffnete die Sitzung um 17:00 Uhr und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses, die Vertreter*innen der Beiräte sowie der Presse und die erschienenen Zuhörer*innen.

Die Vorsitzende stellte fest, dass die Sitzungsunterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Rm Joseph/FDP bat um Absetzung des TOP 4.2 „Antrag zur Entsiegelung und Begrünung von Verkehrsinseln“, da noch eine interne Abstimmung erforderlich sei.
Dem Wunsch wurde gefolgt.

Einwohnerfragestunde

Die Sitzung wurde für die Durchführung der Einwohnerfragestunde um 18:02 Uhr unterbrochen.

Frau Carola Wilmes, Hagdornstraße 27a:

Frau Wilmes erklärte, dass sich die Anwohner gegen den Wegfall der 7 öffentlichen Stellplätze aussprechen. Es seien bereits 3 bis 4 Stellplätze in der Vergangenheit entfallen.

Beig. Stuhlträger stellte klar, dass die 3 bis 4 Stellplätze nie als Parkfläche ausgewiesen waren. Die Fläche diente als Ausweichfläche für den Begegnungsverkehr. Wie der Sitzungsvorlage zu entnehmen sei, seien bereits 6 Stellplätze provisorisch hergestellt wurden. Die Beschlussfassung bleibe abzuwarten.

Herr Dieter Donner, Humboldstraße 64:

Herr Donner erkundigte sich, ob alle betroffenen Objekte nach dem Starkregenereignis im Juli bekannt seien. Unter Hinweis auf einen Leserbrief in der Zeitung, in dem bemängelt worden sei, dass keine Kontaktaufnahme durch die Stadt erfolgte, wollte er wissen, ob eine Abfrage bei Bürgerinnen und Bürgern stattgefunden habe.

Beig. Stuhlträger verneinte dies. Die Informationen seien über die Feuerwehr ermittelt worden. Als 2. Informationsebene dienen die beantragten Soforthilfen.

Auf Nachfrage erklärte Beig. Stuhlträger, dass keine Befragung der Bürger/innen erforderlich sei, da die Daten der Feuerwehr ausreichen.

Die Einwohnerfragestunde endete um 18:11 Uhr.

1 Befangenheitserklärungen

- keine -

2 Vorstellung des Handlungskonzeptes zum Starkregenrisikomanagement mit Starkregengefahrenkarten für die Stadt Hilden WP 20-25 SV 66/026

Die Vorsitzende begrüßte Herrn Ross, Firma Fischer Team Plan, der im Rahmen einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1) über das Handlungskonzept zum Starkregenrisikomanagement informierte.

Im Anschluss hatten die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses die Möglichkeit Nachfragen zu stellen, die von der Verwaltung bzw. Herrn Ross beantwortet wurden. Hiervon machten die Rm Reffgen/BA, Buchner/SPD, Groß/CDU, ,Vogel/Grüne, Albers/Grüne Joseph/FDP und Erbe/parteilos Gebrauch und sprachen folgende Punkte an:

- Eine Übertragung des Anteils der risikobehafteten öffentlichen Gebäude in Relation zu den nicht betroffenen öffentlichen Gebäuden auf alle Gebäude im gesamten Stadtgebiet ist nicht zu empfehlen. Hier ist eine Auswertung der Starkregenkarten sinnvoll.
- Die Risiko- und Handlungsempfehlungen werden im Rahmen der Bauleitplanung für die betroffenen Bereiche berücksichtigt und in die Abwägung vor Satzungsbeschluss einfließen. Im Bereich der Straßenplanung werden die Fließwege analysiert und berücksichtigt. Dies trifft auch für die Planung von Grünflächen und Spielplätzen zu.
- Bestehendes Baurecht kann auf der Grundlage der Starkregenkarten nicht eingeschränkt werden. Wie bei der Darstellung des Starkregenindex (Folie 7) dargestellt, müssen auch die private Bauherrin bzw. der private Bauherr geeignete Maßnahmen zum Objektschutz ergreifen, wenn das Vorhaben in gefährdeten Gebieten liegt.
- Die Betrachtung der Fließgewässer und die Gewässerunterhaltung obliegt dem BRW, der über das Handlungskonzept zum Starkregenrisikomanagement informiert ist.
- Bei der Betrachtung des Stadtgebietes sind auch die Einflüsse aus den Einzugsgebieten der Gewässer in benachbarten Kommunen eingeflossen.
- Nach der Terminplanung werden erste Zahlen und eine Zeitschiene im I. Quartal 2022 vorgelegt (Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 01.09.2021 zum Hochwasser- und Überflutungsschutz).
- Die multifunktionalen Flächen sind anhand des Flächennutzungsplans geprüft worden. Die Größen der Flächen müssen entsprechend des Einzugsgebiets bewertet werden. Maßnahmen können jedoch nur bei städt. Flächen vorgesehen werden. Z.B. befindet sich die Fläche im Bereich des Bonhoeffer-Gymnasiums im Privateigentum und es besteht Baurecht. Eine gezielte Einzelfallprüfung zu jeder vorgeschlagenen Fläche ist daher noch erforderlich.
- Die Veröffentlichung der Karten im Internet ist für Ende November geplant.

Beschlussvorschlag:
Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Vorstellung des Handlungskonzeptes zum Starkregenrisikomanagement mit Starkregengefahrenkarte für die Stadt Hilden zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
zur Kenntnis genommen

3 Mobilitätskonzept für Hilden; Sachstandsbericht zur 1. Arbeitsphase "Aufbereitung der Bestandssituation" WP 20-25 SV 61/051

Die Vorsitzende begrüßte die Herren Stuhm und Bruhn, Büro stadtverkehr, die den 1. Sachstandsbericht zur Erarbeitung des Mobilitätskonzepts im Rahmen einer Power-Point-Präsentation (Anlage 2) vorstellten.

Rm Joseph/FDP erkundigte sich, ob der Durchgangsverkehr berücksichtigt sei. Dies wurde von Herrn Bruhns verneint. Eine Auswertung des Durchgangsverkehrs sei nur im Rahmen eines Verkehrsmodells möglich. Hierfür müssen umfangreiche Arbeiten erfolgen, u.a. die Datenzusammenstellung anhand unterschiedlicher Datenbanken.
Herr Groll ergänzte, aus den Erfahrungen der vergangenen Verkehrsermittlungen sei ein Anteil von 20 bis 30% für den Durchgangsverkehr anzusetzen.
Auf Nachfrage von Rm Joseph/FDP erklärte Beig. Stuhlträger, dass die Kosten für ein Verkehrsmodell nicht im Auftrag enthalten sei. Vergaberechtlich sei eine einfache Erweiterung des Auftrages nicht möglich, da die zulässige Grenze für Zusatzaufträge fast ausgeschöpft sei.

Rm Buchner/SPD zeigte sich über die gute Bürgerbeteiligung erfreut und schlug vor, die einzelnen Veranstaltungen besser zu bewerben und die Bürgervereine im Rahmen von Einzelterminen einzubinden.

Sachk. Bürger Wolf/Grüne vertrat die Auffassung, es reiche nicht, Trends zu beobachten. Es müssen gestalterische Maßnahmen entwickelt werden, damit eine Änderung im Mobilitätsverhalten erzielt werde.

Beig. Stuhlträger wies darauf hin, dass es sich hier um den ersten Teil des ersten Zwischenberichts handele, der lediglich über die bisher durchgeführten Arbeiten zur Bestandsaufnahme informieren solle.

Beschlussvorschlag:
Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur 1. Arbeitsphase „Aufbereitung der Bestandssituation“ zur Kenntnis.

4 Anträge

4.1 Antrag der CDU vom 01.09.2021 und der FDP vom 02.09.2021: Alternative zum Entfall der 7 Parkplätze auf der Hagdornstraße (bedingt durch die Errichtung einer Fahrradstraße) WP 20-25 SV 66/024

Rm Schreier/CDU bedankte sich für die kurzfristige provisorische Herstellung der 6 Stellplätze und änderte den vorliegenden Antrag für die CDU-Fraktion dahingehend, dass dem Verwaltungsvorschlag gefolgt werden solle und das Provisorium für dauerhaftes Parken ausgebaut werden solle.

Rm Joseph/FDP sprach sich für den dauerhaften Erhalt der Stellplätze aus und bekräftigte nochmals den Antrag der FDP-Fraktion, die Kosten für den Ausbau entsprechend des Antrages durch die Verwaltung ermitteln zu lassen und dem Ausschuss zur Entscheidung vorzulegen.

Aus der nachfolgenden Diskussion bleibt festzuhalten, dass sich die Rm Schreier/CDU und Joseph/FDP für ihre Fraktionen entsprechend der vorliegenden Anträge für den Erhalt der Stellplätze aussprachen.

Die Rm Albers/Grüne und Buchner/SPD sprachen sich für ihre Fraktionen für die Beibehaltung des seinerzeitigen Beschlusses aus. Begründet wurde dies mit einem erhöhten Parksuchverkehr bei

Erhalt der zusätzlichen Stellplätze und der schlechten Bewertung der Randbedingungen für den Radverkehr im Rahmen der Befragung zum Mobilitätskonzept. Rm Buchner/SPD ergänzte zusätzlich, dass dies eine erste Bewährungsprobe für das Mobilitätskonzept sei, da auch in diesem sicherlich Maßnahmen enthalten sein werden, die den Anwohnerinnen und Anwohnern nicht gefallen.

Beig. Stuhlträger machte darauf aufmerksam, dass nicht nur die Parkplätze in der Hagdornstraße betroffen seien. Auch für die Fahrradstraße Hagelkreuzstraße liegen bereits Anträge nach § 24 GO zum Erhalt einiger Stellplätze vor, die zunächst im Hauptausschuss zur Beratung stehen.

Rm Reffgen/BA merkte an, der Fahrradverkehr in der Hagdornstraße sei durch Einrichtung der Fahrradstraße nicht wesentlich zu erhöhen. Der Anteil der Fahrradnutzer lag bereits zuvor bei 55 %. Sinnvoller sei es, weniger von Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrern frequentierte Straßen auszubauen, damit der Anteil des Fahrradverkehrs erhöht werde.

Herr Groll machte auf die Rechtslage aufmerksam. Bei der Einrichtung von Fahrradstraße müsse der Radverkehr vorherrschend sein bzw. dies erreicht werden. Bereits im Verkehrsentwicklungsplan 2004 sei die Hagdornstraße Bestandteil des Fahrradroutenplans gewesen.

Sachk. Bürger Wolf/Grüne meinte, ein Abweichen vom seinerzeitigen Beschluss habe eine Signalwirkung.

Rm Erbe/Parteilos vertrat die Auffassung, dass die Bürgerinnen und Bürger ein Anrecht auf öffentliche Parkplätze haben. Er brachte nochmals seinen Vorschlag auf Bildung eines Arbeitskreises zum Mobilitätskonzept in Erinnerung.

Die Vorsitzende rief zur Abstimmung auf. Zunächst wurde über den geänderten Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt.

Antragstext:

geänderter Antragstext der CDU (vom 01.09.2021):

~~Die CDU-Fraktion Hilden beantragt die Verwaltung möge Alternativen aufzeigen, den auf Grundlage der Sitzungsvorlage WP14-20 SV66/153 beschlossenen Wegfall der 7 Parkplätze auf der Hagdornstr. zu vermeiden.~~

Der Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 20.11.2019 zur Ausführung eines 40 m langen Abschnitts der Hagdornstraße (östlich der Friedenstraße) wird dahingehend geändert, dass die Verwaltung beauftragt wird, das halbhüftige Parken mit 7 Parkplätzen - analog zum eingerichteten Provisorium - dauerhaft zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich beschlossen mit
11 Ja-Stimmen (CDU, FDP, AfD, Bürgeraktion, Allianz für Hilden)
10 Nein-Stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Herr Erbe)

Antragstext der FDP (vom 02.09.2021):

Die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses werden gebeten wie folgt zu beschließen:

1. Auf dem östlichen Teilstück der Hagdornstraße, im Bereich zwischen der Friedenstraße und der Hochdahler Straße, wird der ehemalige, an den Bürgersteig grenzende Radweg zurückgebaut, um dadurch die notwendige Breite zur Einrichtung einer Fahrradstraße bei gleichzeitigem Erhalt der bestehenden Stellplätze im öffentlichen Verkehrsraum zu erreichen.

2. Die Kosten für die Maßnahme sind zu ermitteln und dem Ausschuss zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich abgelehnt mit

1	Ja-Stimme	(FDP)
18	Nein-Stimmen	(CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Allianz für Hilden, Herr Erbe)
2	Enthaltungen	(AfD, Bürgeraktion)

4.2 Antrag der FDP vom 22.09.2021: WP 20-25 SV 66/025
Entsiegelung und Begrünung von Verkehrsinseln

Auf Wunsch des Antragsstellers von der Tagesordnung abgesetzt.

5 Angelegenheiten des Planungs- und Vermessungsamtes

5.1 Bebauungsplan Nr. 264 für den Bereich Gerhart-Hauptmann-Hof: WP 20-25 SV 61/049
Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 53

Ohne Aussprache erfolgte folgende Beschlussfassung:

Beschlussvorschlag:
Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss folgende Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre:

Zur Sicherung der Planung wird die Veränderungssperre Nr. 53 gem. § 17 Abs. 1 Satz 3 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10.09.2021 (BGBl. I S. 4147) m.W.v. 15.09.2021, in Verbindung mit den §§ 7 und 41 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NW 1994 S. 666), um ein Jahr verlängert.

Satzung
über die Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 53 der Stadt Hilden für den Bereich Gerhart-Hauptmann-Hof

§ 1

(1) Von der Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 53 ist folgender Planbereich betroffen:

Das Plangebiet liegt im Stadtteil Hilden-Süd zwischen St.-Konrad-Allee und Richrather Straße. Es wird begrenzt durch die westliche Straßenbegrenzung der St.-Konrad-Allee, die Süd und Westgrenze des Flurstücks 1200, die Nord- und Westgrenze des Flurstücks 794, die Westgrenze der Flurstücke 949, 131, 503, 504, 133, 134, die Südgrenze der Flurstücke 134, 751, 140 und 335, alle in Flur 62 der Gemarkung Hilden.

(2) Ein Übersichtsplan, der Bestandteil dieser Satzung ist, liegt zur Einsichtnahme im Rathaus, Amt für Planung und Vermessung, in Hilden, Am Rathaus 1, Zimmer 439 aus.
Im Übersichtsplan ist der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre mit einer Plangebietsgrenze gekennzeichnet.

§ 2

Die Geltungsdauer der Veränderungssperre Nr. 53 wird um ein Jahr verlängert. Die Satzung tritt mit der Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses des Bebauungsplanes Nr. 264 gemäß § 10 Abs. 3 BauGB, spätestens jedoch 1 Jahr nach der Bekanntmachung dieser Verlängerung der Veränderungssperre außer Kraft.

Hilden, den

_____
Dr. Claus Pommer
Bürgermeister

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

5.2	Bebauungsplan Nr. 64 B für den Bereich der Grundstücke Schalbruch 32-36 nördlich der Straße Schalbruch; Entscheidung über den städtebaulichen Entwurf	WP 20-25 SV 61/052

Rm Schneider/CDU sprach sich für die CDU-Fraktion für die Fortführung des Planverfahrens auf der Grundlage der Variante 2 des städtebaulichen Entwurfs aus.

Rm Vogel/Grüne erklärte, dass seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Bebauung dieses Bereichs abgelehnt werde.

Sachk. Bürgerin Behner/ Allianz führte für die Fraktion Allianz für Hilden aus, dass die Variante 3 des städtebaulichen Entwurfs favorisiert werde.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, rief die Vorsitzende zur Abstimmung über die Varianten 2 und 3 auf.

Beschlussvorschlag:
Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, das Aufstellungsverfahren für den Bebauungsplan Nr. 64B auf der Grundlage der Variante 2 fortzuführen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich beschlossen mit
16 Ja-Stimmen (CDU, SPD, FDP, AfD, Bürgeraktion, Rm Erbe)
4 Nein-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen)
1 Enthaltung (Allianz für Hilden)

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, das Aufstellungsverfahren für den Bebauungsplan Nr. 64B auf der Grundlage der Variante 3 fortzuführen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich abgelehnt mit
1 Ja-Stimme (Allianz für Hilden)
17 Nein-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Bürgeraktion)
3 Enthaltungen (FDP, AfD, Rm Erbe)

6 Angelegenheiten des zentralen Bauhofes

6.1 Auflistung aller nach heutiger Planung zur (Ersatz-) Beschaffung anstehenden Fahrzeuge, selbstfahrenden Arbeitsmaschinen und Großgeräte für die Haushalte 2022 ff. WP 20-25 SV 68/008

Herr Hanke erläuterte zunächst, dass die Anschaffung des für Waldbrandeinsätze und für den vorbeugenden Brandschutz vorgesehene Pick-ups sowie der Umbau des Fahrzeugs ME-FW 229 in Höhe von 90.000 € entfalle.

Rm Schneider/CDU brachte in Erinnerung, dass die CDU-Fraktion seinerzeit die Vorlage der Sitzungsvorlage beantragt hatte. Da die Informationen mittlerweile in den Haushaltsplanentwurf übernommen werden, könne darauf in Zukunft verzichtet werden.

Nach einer kurzen Aussprache stimmten die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses dem zu.

Beschlussvorschlag:
Die Auflistung der Verwaltung über alle im Entwurf des Haushaltes 2022 (inkl. mittelfristiger Finanzplanung) zur Beschaffung anstehenden Fahrzeuge, selbstfahrenden Arbeitsmaschinen und Großgeräte wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:
zur Kenntnis genommen

7 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

- keine -

8 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

8.1 Antrag der Fraktion CDU - Änderung der Öffnungszeiten des Zentralen Bauhofes für die Wertstoffannahme

Rm Schneider/CDU verlas den nachfolgenden Antrag:

Änderung der Öffnungszeiten des Zentralen Bauhofes für die Wertstoffannahme

Die CDU beantragt die Öffnungszeiten des Zentralen Bauhofes für die Wertstoffannahme an Samstagen um 3 Stunden zu verlängern. Damit würde die Öffnungszeit an Samstagen von 8 bis 15 Uhr sein.
Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob zur Kompensation der Mehrarbeit der Wertstoffhof ggfs. an einem Tag der Woche geschlossen werden kann.

Begründung:

Aktuell öffnet der Zentrale Bauhof Mo-Mi, Fr.-Sa. Von 08:00 bis 12:00 sowie Do. von 08:00 bis 15:30 Uhr. Für Berufstätige sind diese verkürzten Zeiten nicht erreichbar, außer man arbeitet im Schichtdienst oder ist in Teilzeit beschäftigt. Daher beantragt die CDU, dass an Samstagen die Öffnungszeiten bis 15:00 Uhr verlängert werden und regt an, zu prüfen, ob zur Kompensation der Mehrarbeit der Wertstoffhof ggfs. an einem Tag der Woche geschlossen werden kann.

8.2 Antrag der Fraktion CDU - Barrierefreier Übergang am Alten Markt

Rm Schneider/CDU verlas den nachfolgenden Antrag:

Barrierefreier Übergang am Alten Markt

Die CDU bittet die Verwaltung zu prüfen, wie durch eine Rampe in der Nähe des Fabry-Denkmals eine Möglichkeit geschaffen werden kann, einen barrierefreien Übergang zwischen Altem Markt und Mittelstraße zu schaffen.

Begründung:

Die CDU Fraktion wurde darauf aufmerksam gemacht, dass es für Personen, die einen barrierefreien Übergang brauchen, am Alten Markt so gut wie unmöglich ist, den östlichen Bereich, der durch das Auslaufen der Treppenanlage dafür ausgelegt ist, zu nutzen. Die dort ansässigen Lokale und Restaurants haben sich so weit ausgebreitet, dass dieser Übergang nicht barrierefrei genutzt werden kann.
Aus diesem Grund bittet die CDU Fraktion die Verwaltung zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt einen zusätzlichen barrierefreien Übergang zu schaffen.

8.3 Anfrage Fraktion Bürgeraktion zur Innenstradt im Bereich der Heiligenstraße / Am Kronengarten

Rm Reffgen/BA verlas folgende Antrage:

Anfragen zur Innenstadt im Bereich der Heiligenstraße / Am Kronengarten

- *Wann werden die Bauarbeiten am östlichen Zugang des Warringtonplatzes beendet und der Bauzaun entfernt?*

- *Wie ist aktuell die Geschwindigkeitsbeschränkung auf der Heiligenstraße und auf der Straße Am Kronengarten für Fahrzeuge nach dem Verlassen der Tiefgarage „Warringtonplatz“ und dem Passieren des verkehrsberuhigten Kreuzungsbereichs geregelt? Bürger berichten, dass das 30km/h-Schild entfernt wurde. Bedeutet das, dass fortan im Zweifel die innerörtliche 50km/h-Regel auf beiden Straßen in östliche und südliche Fahrtrichtung gilt?*

- *Wie steht es um die angekündigte Ersatzpflanzung beim sog. „Kastanienhof“?*

8.4 Anfrage FDP-Fraktion - Erneuerung der Fahrbahndecke der Richrather Straße

Auf Anfrage von Rm Joseph/FDP erklärte Beig. Stuhlträger, dass die Fahrbahndecke im Rahmen der Unterhaltung durch den Landesbetrieb Straßen NRW hergerichtet worden sei, um die Straße „über den Winter zu bringen“. Die grundhafte Erneuerung erfolge erst, wenn die Sanierung des Regenwasserkanals im Abschnitt Einbahntrasse bis Neustraße erfolgt sei.

8.5 Anfrage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Ampelanlage S-Bahnhof Richrather Straße

Rm Albers/Grüne erkundigte sich, wann die Ampel auf der Richrather Straße in Höhe des S-Bahn-Haltestelle errichtet werde. Die Umsetzung der Maßnahme sei bereits länger geplant.

Beig. Stuhlträger informierte, dass Gespräche zur Umsetzung der Maßnahme mit dem Landesbetrieb Straßen NRW laufen.

Ende der Sitzung: 20:51 Uhr

Anabela Barata / Datum
Vorsitzende

Birgit Kamer/19.11.2021
Schriftführerin

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum
Bürgermeister

Peter Stuhlträger / Datum
Beigeordneter